Verhöhnt, beleidigt, angebrüllt – und kein Problem damit?

Posted on 7. Juli 2026 by Jutta Roitsch



„Gewalt unter Schülern ist ein großes Problem“, stellt das Institut für Demoskopie Allensbach im „Berliner Konflikt- und Gewaltbarometer“ fest. Ein „hohes psychisches Belastungserleben“ und „psychische Auffälligkeiten“ unter 8- bis 17jährigen Schülerinnen und Schülern erkennt die Bosch-Stiftung in dem „Deutschen Schulbarometer 2026“. Einen neuen „Höchststand bei Schulabgängern ohne Abschluss“ (von rund 62 000 im Schuljahr 2024/2025 auf jetzt angeblich 64 000) will am 20. Mai das „gemeinwohlorientierte Medienhaus“ Correktiv bei den Kultusministerien erfragt haben (Correktiv-Arbeitsmotto: „Be first, but first be sure“). „Die negativen, teilweise besorgniserregenden Meldungen zum Schulsystem in Deutschland reißen nicht ab“, beginnt postwendend Michael Wrase, Professor für Öffentliches Recht in Hildesheim, seinen Beitrag im „Verfassungsblog“ ohne eine Überprüfung der Correktiv-Zahl und warnt vor einer Ausgrenzung behinderter Kinder. Wen erreichen die Warnungen und Aufrufe noch – und treffen sie den Kern?

Die in einem Netzwerk zusammengeschlossenen Organisationen für Jugendsozialarbeit weisen in einem „Politischen Aufruf“ auf weiter steigende Quoten von Schulschwänzern (offiziell: Schulabsentismus) hin und beklagen die „fehlende Haltekraft von Schulen“ (jugendsozialarbeit.news vom 29.Mai). Jede neue Zahl, jedes neue Barometer führt zu erregten politischen wie wissenschaftlichen Warnsignalen und neuen Forderungen von Interessengruppen nach Personal in der Schulpsychologie, der Sozialarbeit, der Begleitung und Integration von behinderten Schulkindern (Inklusion).
Kurz vor den langen Sommerferien prallen diese Nachrichten auf eine Öffentlichkeit, die mit dem Klimawandel, der Rente, dem Aufstieg der AfD, den Kriegen in der Ukraine und Nahost und ihrer Urlaubsplanung beschäftigt ist. Die geballten Meldungen zum Schulsystem gerinnen zu kurzen Schlagzeilen: *„Verhalten der Schüler belastet Lehrer“* vermelden *Tagesschau* und *ZDF* zum Bosch-Barometer. *„Zunehmende Verrohung von Kindern und Jugendlichen“* sieht der Berliner *Tagesspiegel* in der repräsentativen Befragung des Allensbacher Instituts. Das war es.

Es sind diejenigen am unteren Ende der gesellschaftlichen Leiter

Doch ein genauerer Blick in die beiden „Barometer“ und die Statistiken der Kultusministerkonferenz (KMK) lohnt sich. Drei von vier Schülerinnen und Schüler rasten weder schnell aus, noch beschimpfen sie sich rüde oder ihre Lehrer: In ihrer Grund- oder weiterführenden Schule fühlen sie sich wohl oder „eher wohl“, in den Gymnasien sind es acht von zehn („Schulbarometer“). Also „blinder Alarm“ aus einem Bildungssystem, das um die Wahrnehmung seiner Probleme und Schwierigkeiten kämpft?

Die allgemeinen Schlagzeilen blenden aus, dass seit den internationalen Bildungsstudien (PISA) kurz vor der Jahrtausendwende oder den Nationalen Bildungsberichten seit fast zwanzig Jahren wieder und wieder eine Gruppe von Kindern und Jugendlichen, von Schülerinnen und Schülern geballt betroffen ist: Es sind diejenigen am unteren Ende der gesellschaftlichen Leiter, in deren Familien sich die ökonomischen, sozialen oder kulturellen Probleme so häufen, dass die Schule ihnen keinen Halt (mehr) geben kann.

Nach dem „Deutschen Schulbarometer“ weisen 15 Prozent der 8- bis 17jährigen Schülerinnen und Schüler „psychische Auffälligkeiten“ auf. Die Forschergruppe zählt dazu: schnelles Ausrasten, leichte Reizbarkeit, geringe Toleranzschwelle, verbale Ausfälle gegenüber Lehrern und Mitschülern, Verweigerungen jedweder Art bis hin zum Schulschwänzen. „Weitere zehn Prozent liegen im Grenzbereich“, so die Bosch-Forschergruppe. Aber dies sind Zahlen von allen Befragten. Nach dieser Studie fallen Kinder aus einkommensschwachen Familien in der Schule zu 31 Prozent unter die „psychisch Auffälligen“ (Seite 19).

Diese Gruppe von Kindern und Jugendlichen gibt auch an, eine niedrige Lebensqualität zu haben, mit wenig

Geld in der Familie auskommen zu müssen und im Unterricht nicht mitzukommen (in der Forschersprache: „sonderpädagogischen Förderbedarf“ zu haben), sich zu langweilen und keine Lust zum Lernen zu haben. Sie sind es auch, die bei den Fragen zum schulischen Wohlbefinden antworten: „Ich fühle mich nicht wohl“ (S. 39). Für sie ist die Schule ein Ort, in dem sie sich „fehl am Platz“, unwohl oder einsam fühlen. Antworten beispielsweise bei der Frage nach der Einsamkeit zwei Prozent „genau“ und 9 Prozent „stimmt eher“, so schnellen diese Quoten bei den rundum benachteiligten Schülerinnen und Schülern in die Höhe.

Probleme frühzeitig erkennen

Mobbing und Cybermobbing, „Schikanen wie Beschimpfungen, Bedrohungen oder das Verbreiten gemeiner Gerüchte“ erlebten 4 bis 12 Prozent der 11- bis 17jährige, aber überproportional Jugendliche aus benachteiligten Familien. „Deutlich wird, dass eigene Mobbingerfahrungen eng mit geringeren schulischen Wohlbefinden, psychischen Auffälligkeiten und einem gering ausgeprägten Zugehörigkeitsgefühl zur Schule zusammenhängen“, heißt es in den „Zentralen Ergebnissen“ (Seite 14). 48 Prozent derjenigen Jugendlichen, die sich in ihrer Schule nicht wohl fühlen, geben an, vom Mobbing direkt und persönlich betroffen zu sein. Auf die Frage: Wie ist es passiert? sagen 57 Prozent, sie seien „absichtlich ausgeschlossen“ worden, 51 Prozent, ihre Mitschülerinnen und Mitschüler hätten sich über sie lustig gemacht (Seite 63 der Gesamtstudie). Und wie lauten die Empfehlungen der Forschergruppe?

> *„Die Häufigkeit und Intensität dieser Erfahrungen zeigen, wie dringend Betroffene Unterstützung und therapeutische Hilfe benötigen. Ebenso wichtig ist es, Hinweise auf das Problem frühzeitig zu erkennen und entsprechende Handlungen zu sanktionieren. Entscheidend ist aber auch, wie Schulen mit dem Thema umgehen und welche Strukturen und Maßnahmen zur Prävention sowie bei Hilfsbedarf vorhanden sind“ (S. 14).*

Wie oft mag in den letzten Jahrzehnten das Wort „frühzeitig“ geschrieben worden sein? „Frühzeitig“ erkennen, dass soziale Herkunft und ökonomisches wie kulturelles Kapital (so nannte es einst Pierre Bourdieu) nach wie vor über die Lebenswege von Kindern und Jugendlichen entscheiden. „Frühzeitig“ erkennen, dass das deutsche Bildungssystem schon in der Kita und der Grundschule nicht für Chancengleichheit sorgt, nicht einmal für Chancengerechtigkeit und „gleichwertige Lebensverhältnisse“, wie es das Grundgesetz vorsieht.



Foto: WOKANDAPIX auf Pixabay

„Frühzeitiges“ Wahrnehmen und Hinsehen könnte auch eine Erkenntnis des „Berliner Konflikt- und Gewaltbarometers“ sein. Bei der öffentlichen Vorstellung der Allensbach-Studie am 22. Juni rühmte sich Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) zunächst selbst: Berlin sei das erste Bundesland, das eine solche Untersuchung vorlege. Das stimmt, aber lange genug haben alle Verantwortlichen gezögert, Genaueres wissen zu wollen: Aus der Berliner Lehrerschaft kamen schließlich seit Jahren immer wieder Brandbriefe über die „Unbeschulbarkeit“ von Kindern und Jugendlichen, über die Verrohung des Umgangs untereinander und gegenüber Lehrerinnen und Lehrern, über Messer und Pfefferspray in den Schulrucksäcken. Die Ruetli- und Bergius-Schule seien Einzelfälle, hieß es jahrelang abwiegelnd.

Und die Schülerinnen und Schüler?

Jetzt aber liegt diese repräsentative Untersuchung vor: Das Institut in Allensbach befragte 14 000 Schülerinnen und Schüler am Ende der Grundschule (6. Klasse in Berlin) und der Sekundarstufe I (9. Klasse)

sowie in der Klasse 12 der Oberstufe und in beruflichen Schulen. Beteiligt haben sich zusätzlich 2 500 Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeitende. Für über die Hälfte der befragten Pädagoginnen und Pädagogen sind Konflikte und Gewalt ein „sehr großes“ (18 Prozent) oder ein „großes Problem“ (38 Prozent) an der eigenen Schule. „Lediglich 4 Prozent halten das an ihrer Schule für gar kein Problem“. „Gewaltbelastungen“ nehmen nach dieser Befragung nur 15 Prozent der Pädagogen an Gymnasien wahr, aber 31 Prozent an beruflichen Schulen. Was sie allerdings unter „Gewalt“ verstehen, sind die Lehrerinnen und Lehrer von den Demoskopen nicht gefragt worden.

Folgen haben die Belastungen für Grundschulen und alle Formen von Gemeinschaftsschulen in Berlin, kurz: die Institution Schule. „Der Umgang mit dieser Gewalt (bindet) nach Einschätzung von 79 Prozent des pädagogischen Personals so viele Ressourcen, dass der übrige Schulbetrieb in hohem Maße leidet“, heißt es in der 8seitigen Zusammenfassung der Studie durch die Demoskopen. „Frühzeitiges“ Erkennen oder „Präventionsarbeit“ blieben auf der Strecke.



Foto: Leman auf Unsplash

Und die Schülerinnen und Schüler? Wie nehmen sie Belastungen durch Konflikte und Gewalt an ihrer Schule wahr? „In Klassenstufe 6 haben gut vier von fünf SchülerInnen in diesem oder letztem Schuljahr Gewalt durch MitschülerInnen erfahren, in Klassenstufe 9 mehr als neun von zehn“, lautet der Befund der Demoskopen. Das Spektrum der persönlich gemachten Erfahrungen geht weit über Rempeleien auf dem Schulhof und Lästereien im Klassenzimmer hinaus: Was im „Schulbarometer“ allgemein unter „Mobbing“ fiel, fällt in der Allensbach-Studie konkreter aus. Vom „Hurensohn“ bis „schwul“ oder „Jude“ wird unter Schülerinnen und Schülern gelästert, beleidigt, verhöhnt und angebrüllt. „Die Hälfte der SchülerInnen in Klassenstufe 9 beklagt, dass über sie Gerüchte und Lügen verbreitet wurden.“ 20 Prozent hätten sexistische Kommentare von Mitschülerinnen und Mitschülern bekommen. „Kleine Anteile berichten von Bedrohungen mit Waffen (5 Prozent) oder dass sie von MitschülerInnen verprügelt worden sind (4 Prozent).“

Konflikte eskalieren schneller

Wie aber hat sich dieser ruppige Umgang untereinander und gegenüber den Pädagogen in der Institution Schule so ausbreiten können? Für 80 Prozent der befragten Pädagogen haben die „Impulskontrolle und Frustrationstoleranz bei ihrer Schülerschaft nachgelassen“. Daher eskalierten Konflikte schneller. Eine Zuweisung an einzelne Gruppen von Schülern vermeiden die befragten Berliner Lehrerinnen und Lehrer. Die Allensbacher Demoskopen haben auch nicht danach gefragt.

Die Schülerinnen und Schüler äußern sich ähnlich vage, wie es zu den Konflikten kommen konnte: Oft seien es „Kleinigkeiten“, die zu einem Ausrasten führten, von wem auch immer diese „Kleinigkeiten“ ausgegangen sein mögen. „Weitere 27 Prozent können gar keinen konkreten Grund für die persönlich erfahrene Gewalt nennen.“ Dazu passen Aussagen, nach denen Schülerinnen und Schüler ihre persönlichen Gewalterfahrungen herunterspielen, sie in der Schule als „normal“ einstufen: „So empfinden 71 Prozent der SchülerInnen der Klassenstufen 9 und 12 Anschreien als nicht so schlimm. Ebenso empfinden jeweils Mehrheiten Lästern, Schubsen und jemanden auszulachen als nicht so problematisch. 38 haben kein Problem damit, wenn schwul‘ als Beleidigung verwendet wird“ (Seite 22 der Gesamtstudie).

Was als übergriffig und verletzend eingestuft wird, beurteilen Schüler und Lehrer oft unterschiedlich. Werde das Aussehen oder die Kleidung einer Schülerin oder eines Schülers abwertend kommentiert, empfänden das 71 Prozent „als grenzüberschreitend“. „Aber nur 39 Prozent des pädagogischen Personals berichten davon, dass an ihrer Schule in so einem Fall konsequent eingeschritten wird.“ Wahrnehmen oder Hinwegsehen, energisches Einschreiten oder Laufenlassen, demokratisch-republikanische Regeln einfordern oder einem religiösen Anpassungsdruck nachgeben? Die Allensbacher Demoskopen nähern sich diesen Fragen nur sehr vorsichtig, tippen sie nur an, wie ein Beispiel zeigt: „In Klassenstufe 9 sind es dabei deutlich überdurchschnittlich häufig SchülerInnen muslimischen Glaubens, für die religiöse Regeln Vorrang vor den

Regeln der Schule haben sollten (41 Prozent), aber auch 33 Prozent der christlichen SchülerInnen teilen diese Auffassung.“

Mit irgendeinem, der ihnen zuhört

Und wie lauten die Empfehlungen der Allensbacher Demoskopen? Klare Regeln, konsequente Anwendung und Einigkeit zwischen Schulleitung und Kollegium, im Kollegium selbst. Das ist die (eigentlich selbstverständliche) Verantwortung der Lehrer und sie mag im günstigsten Fall für ein neues Miteinander in der eigenen Schule sorgen und für einen anderen Ton. Im „Schulbarometer“ aber fordern die Schülerinnen und Schüler mehr Mitsprache und vor allem andere Formen und Möglichkeiten, mit Erwachsenen (irgendeinem, der ihnen zuhört) im Rahmen der Schule über sich und ihre Probleme reden zu können.

Die Betonung liegt auf „im Rahmen der Schule“, die trotz alledem für die überwiegende Mehrheit der Kinder und Jugendlichen ein sicherer Ort ist. Das klingt wieder einmal wie ein Hilferuf, auf den die Schule viel zu selten Antworten gibt (oder geben kann) und ihn dann weiterreicht oder zurückverweist: Schließlich ist die Erziehung nach dem Grundgesetz „zuvörderst“ Aufgabe der Eltern, liegen Erziehungsberatung oder therapeutische Hilfen bei der Kinder- und Jugendhilfe, greifen nach dem Ende der Schulpflicht mit 16 Jahren Projekte, Programme, Vorbereitungsjahre in der Berufsschule und bei verschiedenen Trägern.

Wie viele minderjährige Kinder und Jugendliche Betreuung, Beratung und therapeutische Hilfen brauchen, belegte das Statistische Bundesamt im März: Im Jahr 2024 nahmen über eine Million Minderjährige (mit oder ohne ihre Eltern) die Angebote der Jugendämter und Erziehungsberatungsstellen in Anspruch: Ein neuer Höchststand, detailliert nachzulesen in: den „Kommentierten Daten der Kinder- und Jugendhilfe“ (Komdat, Heft Nr. 1/2026).

Die Verantwortung wird hin- und hergeschoben

Und damit kommt die Alarmmeldung aus dem Medienhaus Correktiv ins Spiel, das laut Redaktionsstatut die „Offenlegung problematischer Strukturen“ zum Ziel hat: Mit 64 000 Schulabgängern ohne Abschluss sei ein neuer Höchststand erreicht. Als Quelle gibt die Redaktion „Kultusministerien“ an. Eine offizielle Quelle ist das allerdings nicht. Eine einigermaßen verlässliche Statistik über die Jugendlichen, die nach Ende der Schulpflicht ohne einen ersten Schulabschluss entlassen worden sind, enthält die KMK-Statistik Nr. 248 vom April 2026. Im Schuljahr 2024/25 waren es 62 000, das ist im Vergleich zum Jahr 2015 ein Anstieg um 30,8 Prozent. Und ein Anteil am Jahrgang von 8 Prozent. Viel zu viele, mahnen Bildungsforscher seit Jahren und

erinnern an politische Versprechungen aus dem Jahr 2008 (Dresdner Bildungsgipfel mit Angela Merkel), diesen Anteil auf vier Prozent zu halbieren.

Aber zur Klärung trägt auch bei, dass rund 40 Prozent der Jugendlichen aus Förderschulen entlassen und an berufliche Schulen wie sonstige Projekte überwiesen oder weitergeschoben werden. Bis zum 20. Lebensjahr, so heißt es in der KMK-Statistik Nr. 248, hätten die meisten einen Schulabschluss nachgeholt: 1,5 Prozent blieben ohne Abschluss. Die Zahl 64 000 findet sich in der KMK-Statistik Nr. 246: Von den Kindern, die heute in der Grundschule sind, bleiben nach der Schätzung der Kultusminister sieben Jahre später, also im Jahr 2033, so viele Jugendliche ohne einen ersten Abschluss. Eine Prognose, mit der die Bildungspolitikerinnen und -politiker der Länder einräumen, dass sich am und im bisherigen System nichts ändern wird.

Diese Prognose verschweigt, dass die Zahl der benachteiligten Jugendlichen steigt, die ohne Berufsausbildung ins Arbeitsleben starten. Die Gründe sind vielfältig: Schlechte Schulnoten, wenig geeignete Lehrstellen, unrealistische Vorstellungen der Jugendlichen oder auch überzogene Erwartungen der Ausbilder. Es sind inzwischen knapp drei Millionen bei den unter 34jährigen jungen Menschen. Wie lautete doch die Botschaft der Bundeskanzlerin vor 18 Jahren in Dresden: „Jeder soll einen Schul- und Berufsabschluss schaffen können."

Davon ist das Deutschland des Jahres 2026 weit entfernt. Und die Verantwortung dafür wird hin- und hergeschoben, weitergereicht von Institution zu Institution. Das ist die eigentliche Skandalmeldung.

- E-Mail
- teilen
- teilen
- teilen
- teilen

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein ...

Abonnieren